

Unterschiedlich und auch nicht

Eine Pragmatikerin aus dem Osten, eine Ideologin aus dem Westen. Das neue Spitzenduo spiegelt die Linke wider.

Von Markus Wehner, Berlin

Mit ihrem eigenen Blumenstrauß hat Susanne Hennig-Wellsow nur ganz kurz Probleme. Für einen Moment hält sie ihn etwas ungenau, dann schaut sie auf ihre neue Ko-Vorsitzende und streckt das Gebinde ebenfalls in die Luft. Vor einem Jahr war Hennig-Wellsow mit einem Blumenstrauß ganz anders umgegangen. Am 5. Februar 2020 hatte sie dem FDP-Politiker Thomas Kemmerich einen Strauß empört vor die Füße geworfen, nachdem er mit den Stimmen von CDU und AfD überraschend zum Ministerpräsidenten gewählt worden war. Die Blumen hatten sie eigentlich Bodo Ramelow überreichen wollen, dem Mann, mit dem die Thüringerin seit Jahren jeden Tag eng zusammenarbeitet – als Landes- und Fraktionschefin ist sie eine der tragenden Säulen der rot-rot-grünen Landesregierung. Doch nun ist die 43 Jahre alte Erfurterin Bundesvorsitzende der Linken und strebt auch ein Bundestagsmandat an. Und auch ihre vier Jahre jüngere Ko-Vorsitzende Wissler, bisher Fraktionschefin im Hessischen Landtag, strebt laut F.A.Z.-Informationen einen Sitz im Bundestag an, auch wenn sie sich öffentlich noch bedeckt hält.

Beide Frauen treten ein schweres Erbe an. Denn die Linke ist gespalten und nicht auf Erfolgskurs. Wissler und Hennig-Wellsow sollen das ändern. Sie sind beide bisher in den widerstreitenden Lagern nur wenig verankert gewesen. Das könnte ein Problem für die Machtbalance sein, aber auch ein Vorteil. Die politischen Vorstellungen der neuen Parteichefinnen unterscheiden sich allerdings, auch wenn sie in der „Station“, der umgebauten Bahnhofshalle in Berlin-Kreuzberg, am Wochenende demonstrativ freundschaftlich miteinander umgingen. Etwa 80 führende Linken-Politiker hatten sich dort mit Masken und Abstand pandemiegerecht versammelt, während die 600 Delegierten zu Hause an ihren Bildschirmen den Parteitag verfolgten. Durch einen Anruf konnten sie in einen Live-Raum eintreten, in dem sie ihre Redebeiträge vortrugen. Das

klappte trotz technischer Pannen ganz gut. Die sonst oft überhitzte Stimmung auf Linken-Parteitagen konnte jedenfalls nicht recht aufkommen.

Im Hessischen Landtag gilt Janine Wissler als besonders gute Rednerin, was zum Teil an der überschaubaren Zahl rhetorisch begabter Abgeordneter liegt. Auf dem Linken-Parteitag ging sie allerdings mit ihrer Rede ganz auf Nummer sicher. Sie beließ es dabei, alle Evergreens der sozialistischen Hitparade vorzutragen und eine Rede zu halten, die vor allem der Selbstvergewisserung diente. Wissler schlug auf die Reichsten der Welt ein, auf Dax-Vorstände und auf die Immobilienkonzerne, die enteignet werden sollten. Sie geißelte die „Aufrüstung der Nato“, versprach Solidarität mit Flüchtlingen und mahnte den Kampf gegen den rechten Terror an, wobei sie den Mord an neun Migranten in Hanau erwähnte, nicht aber den hessischen Regierungspräsidenten Walter Lübcke, einem CDU-Politiker. Wissler gehörte 20 Jahre lang der trotzkistischen Gruppe Marx21 an, die den Klassenkampf predigt, eine Überwindung des kapitalistischen Systems durch Bewegungen von unten propagiert und jede Regierungsbeteiligung ablehnt. Vom Verfassungsschutz wird Marx21 als extremistische Organisation beobachtet. Erst im September, als ihre Kandidatur für den Parteivorsitz feststand, trat Wissler auf Anraten mehrerer führender Linken-Politiker aus der Organisation aus, weil es für eine Vorsitzende üblich sei, nicht zu einer Strömung innerhalb der Partei zu gehören. „Wir leben in einer Klassengesellschaft“,

sagte sie nun auf dem Parteitag, das habe die Corona-Krise nur noch deutlicher gemacht. Es gehe um das „Aufbegehren gegen die Verhältnisse“. Ihre Rede beendete sie mit dem alten, auf Systemüberwindung ausgerichteten Spruch: „Wir wollen kein Stück vom Kuchen, sondern die Bäckerei.“ Es gehe ums Ganze. Die Delegierten belohnten die Klassenkampfrhetorik mit einem Wahlergebnis von 84,2 Prozent – für Linken-Verhältnisse ein phantastischer Wert. Die Vorgänger Katja Kipping und Bernd Riexinger waren nie an die 80 Prozent herangekommen.

Die mutigere Rede, die eine Perspektive für die Partei zeichnete, hielt allerdings Hennig-Wellsow. Sie sprach frei, stellte sich neben das Rednerpult. Und sie warb entschieden für das, was sie selbst seit Jahren praktiziert, was aber für viele linke Funktionäre immer noch einem Verbot gleichkommt: Regieren. „Lasst uns nicht mehr warten!“, rief die Thüringerin. Die Linke solle jetzt Verantwortung im Bund in einem Bündnis mit SPD und Grünen übernehmen. „Ich werbe dafür, dass wir die CDU/CSU aus der Bundesregierung vertreiben.“ Es liege auch an der Linken, ob es nach der Bundestagswahl Schwarz-Grün oder Rot-Rot-Grün im Bund geben werde. Und es gehe darum, ob die Linke den Mindestlohn erhöhen, das Gesundheitssystem ausbauen, die Frauenförderung stärken und Rüstungsexporte stoppen wolle – allesamt Forderungen, über die sich mit SPD und Grünen verhandeln lässt. Wenn die Linke das wolle, „dann müssen wir auch mutig sein und aufbrechen in eine neue Zeit“. Die Linke sei lange eine Protestpartei gewesen,

doch wenn sie stärker werden wolle, müsse sie regieren.

Doch Hennig-Wellsow erhielt für diese Botschaft rund 15 Prozent weniger Zustimmung als Wissler: 70,5 Prozent der Delegierten wählten sie. Während Wissler allein auf dem ersten Platz kandidiert hatte, war Hennig-Wellsow auf dem gemischten Platz angetreten, auf dem Frauen und Männer kandidieren können, sie hatte zwei unbekannte Gegenkandidaten. Einer von ihnen, Reimar Pflanz aus Brandenburg, erhielt überraschend 19,4 Prozent der Stimmen. Er hatte sich eindeutig gegen eine Regierungsbeteiligung gestellt. Dass er danach bei den Wahlen für die Vizevorsitzenden rauschend durchfiel, zeigt allerdings, dass es einem Teil der Delegierten allein darum ging, Hennig-Wellsow für ihren Kurs aufs Regieren hin abzustufen.

Ein Grund für die Gegenstimmen zu Hennig-Wellsow war wohl auch ihre Aussage, sie könne sich einen Einsatz der Bundeswehr in Friedensmissionen der Vereinten Nationen vorstellen. Dafür hatte im Vorfeld des Parteitag auch der Verteidigungspolitiker Matthias Höhn in einem Diskussionspapier geworben. Er will zudem die Bundeswehr verkleinern und dafür mehr Geld für Entwicklungshilfe ausgeben. „Die Linke ist nicht der Nabel der Welt. Die Welt verändert sich, und darauf müssen wir reagieren“, sagte Höhn auf dem Parteitag. Doch seine Vorschläge wurden von einer Mehrheit der Delegierten als Ausverkauf der friedenspolitischen Grundsätze der Lin-

ken geißelt. In der Stichwahl um den Posten eines Vizevorsitzenden unterlag Höhn dem Abgeordneten Tobias Pflüger, der am absoluten Nein zu jeglichen Auslandseinsätzen und an der Forderung nach totaler Abrüstung festhielt.

Wohin also will die Linke? Im Gegensatz zu ihrer Ko-Vorsitzenden sagte Wissler in ihrer Rede nichts dazu, wie sie zu einer Mitte-links-Regierung steht. Erst im Interview mit dem Fernsehsender Phoenix wollte sie nicht mehr ganz rigoros erscheinen: „Wenn es Mehrheiten gibt nach der Bundestagswahl, dann glaube ich durchaus, dass SPD, Grüne und Linke in der Verantwortung sind, gemeinsam zu verhandeln, ob man einen Politikwechsel erreichen kann.“ Zunächst aber gehe es um die Inhalte der Linken, die man im Wahlkampf voranstellen wolle. Das Wahlprogramm soll auf einem Parteitag im Juni festgelegt werden, auch die Frage eines Spitzenduos ist noch nicht entschieden. Neben den Parteivorsitzenden Dietmar Bartsch und Amira Mohamed Ali sowie auch Katja Kipping dabei mitreden.

Wie stehen die Chancen, dass das neue Duo die Partei in ruhigeres Fahrwasser führt, als es in den letzten Jahren der Fall war, als sich die Linke in Grabenkämpfen beinahe zerlegte? Beide sind in den widerstreitenden Lagern nicht fest verankert. So hat sich Wissler gegenüber Sahra Wagenknecht, der früheren Führungsfigur des äußersten linken Flügels, reserviert gezeigt. Hennig-Wellsow hielt Distanz zum Kern des Reformlagers, das sich im Forum Demokratischer Sozialismus sammelte, zu dem auch Fraktionschef Bartsch gehört. Sie streifte diesen Aspekt mit dem Halbsatz „unbelastet, wie wir sind“ und stellte eine „neue Kommunikation“ mit der Partei in Aussicht.

Beide Vorsitzende kommen aus linken Elternhäusern, allerdings sehr unterschiedlichen. Wisslers Mutter war Mitglied der DKP, die sie nach einem DDR-Aufenthalt enttäuscht wieder verließ, heute ist sie ebenfalls in der Linken aktiv. Auch ihr im vergangenen Jahr verstorbener Vater ging mit zu Wahlkampfterminen an den Info-Stand. Das Engagement gegen Faschismus und Rechtsextremismus galt in der Familie der Politikwissenschaftlerin viel. Hennig-Wellsow, die Erziehungswissenschaft studierte, kommt hingegen aus einer systemtreuen Familie in der DDR. Ihr Vater war Polizist und SED-Mitglied. Hennig-Wellsow betrieb 15 Jahre lang Leistungssport als Eisschnellläuferin, war später Trainerin. Mit 26 Jahren wurde sie für die PDS jüngste Abgeordnete im Thüringer Landtag, 2014 wurde sie Landeschefin, ein Jahr später auch Fraktionsvorsitzende. Ihre politische Karriere hat Hennig-Wellsow, die verheiratet und Mutter eines Sohnes ist, eher auf der linken Seite der Partei begonnen. Sie pflegt Kontakte zur Antifa und will wie Wissler den Verfassungsschutz abschaffen.



„Unbelastet, wie wir sind“: Die Parteivorsitzenden Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow am Samstag

Foto Matthias Lüdecke

Ermittlungen gegen KSK-Kommandeur verzögert?

In der Munitionsaffäre in der Elite-Einheit gerät der Vorgesetzte von Brigadegeneral Kreitmayr ins Visier / Von Peter Carstens und Lorenz Hemicker

In der Munitionsaffäre im Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr geben weitere Beteiligte in den Blickpunkt. So wird aus der Division Schnelle Kräfte (DSK), zu der das KSK zählt, Kritik gegen den eigenen Kommandeur laut. In der Division mit Sitz in Stadtlendorf in Hessen befassen sich gegenwärtig zahlreiche Offiziere und Wehrdisziplinaranwälte mit einer irregulären Amnestie-Aktion im Gegenzug für die Rückgabe Zehntausender Schuss Munition am KSK-Standort in Calw. Die Divisionsführung war von Generalinspekteur Eberhard Zorn vorige Woche mit der Intensivierung und Beschleunigung der seit Monaten andauernden Untersuchung beauftragt worden.

Die DSK mit ihren knapp 12 000 Soldaten, inklusive niederländischer Truppenanteile, wird von Generalmajor Andreas Hannemann geführt. Der 59 Jahre alte frühere Fallschirmjäger und Afghanistانبeter war im Juni vergangenen Jahres einem breiteren Publikum durch eine Äußerung zu den Krawallen in Stuttgart aufgefallen. „Ich empfehle niemandem, einen von uns anzugreifen“, sagte Hannemann damals gegenüber der „Bild“-Zeitung. Der Satz des Fallschirmjäger-Generals konnte als Drohung, zumindest aber

als Kraftmeierei verstanden werden. Die interne Kritik an Hannemann zielt auf seine Untätigkeit bei den Ermittlungen, die im Zuge der straffreien Munitionsrückgabe fällig geworden waren.

Sie richten sich unter anderem gegen Brigadegeneral Markus Kreitmayr, den Kommandeur des KSK. Kreitmayr ist Hannemann direkt unterstellt. Wie aus der DSK zu hören ist, sei Hannemann bereits Ende Mai vorigen Jahres durch Angehörige seiner Division über die Unregelmäßigkeiten bei der Rückgabe verschwundener Munition in Calw und die damit in Verbindung stehenden Anordnungen Kreitmayrs informiert worden. Der KSK-Kommandeur hatte im Februar vergangenen Jahres angeordnet, die Rückgabe von sogenannter „Fundmunition“ in den Kompanien seines Verbands zu organisieren. Als solche bezeichnet man allerdings eher kleine Mengen, die eine Soldatin oder ein Soldat beispielsweise etwa nach einer Übung in Hosentasche, Rucksack oder in seinem Fahrzeug vorfindet und zurückgeben soll.

In Kreitmayrs Kommando fehlten bei einer Munitionsüberprüfung Ende 2019 mehrere zehntausend Schuss. Allerdings, so heißt es im Verteidigungsministerium, verschiebe die rund 1000 Mann starke Eli-

te-Truppe pro Jahr Millionen Schuss bei Übungen. Kreitmayr hielt den Auftrag der Wiedereinsammlung dabei offenbar für ein rein logistisches Problem, ohne die rechtlichen Folgen zu berücksichtigen. Denn wer Munition in der Bundeswehr unerlaubt an sich nimmt, begeht ein Dienstvergehen. Wer das deckt, sei es durch falsche Buchführung oder Vertuschung, gerät in Konflikt mit dem Gesetz.

Über die genaue Form der Rückgabe in der Zeit von Ende März bis Mai 2020 herrscht Unklarheit. In Medienberichten hieß es zunächst, Kreitmayr habe Paletten oder sogenannte „Amnestie“-Boxen aufbauen lassen, auf denen Kommandosoldaten die Munition straffrei zurückgeben konnten. Zum großen Teil habe es sich um Übungsmunition gehandelt. Aus DSK-Kreisen wird nun berichtet, die Kompanien hätten die Rückgabe selbst organisiert. Es seien weder „Amnestie“-Boxen noch Paletten verwendet worden. Vielmehr habe es sich um eine einfache Sammelaktion gehandelt, bei der die Fundmunition in den Kompaniegebäuden bei den zuständigen Materialbewirtschaftungsfeldwebeln abgegeben worden sei. Waffen seien keine zurückgegeben worden.

Spätere Untersuchungen haben bestätigt, dass sowohl bei den Waffen als auch

bei anderer sicherheitssensibler Ausrüstung keine Fehlbestände zu verzeichnen waren. Vom Fund zweier Handgranaten heißt es, dieser sei wohl auf die unsachgemäße Lagerung einer Einsatzweste in einem Kompaniekeller zurückzuführen. Für die rechtliche Bewertung dürfte die Form der Abgabe indessen bei der Frage, ob sie straffrei erfolgte, keine Rolle spielen. Bei der rechtlichen Bewertung kommt nun auch Generalmajor Hannemann ins Spiel. Als Disziplinarvorgesetzter wäre Hannemann nach Angaben aus DSK-Kreisen dazu verpflichtet gewesen, unverzüglich die Ermittlungen gegen Kreitmayr aufzunehmen, als er von der Sammlung erfuhr. Die Kritik wird durch einen Blick in die Wehrdisziplinarordnung gestützt. Tatsächlich erfolgte die erste Vernehmung Kreitmayrs durch seinen Vorgesetzten erst vergangenen Montag – also nach rund einem Dreivierteljahr.

Allerdings ist grundsätzlich zu sagen, dass es in der Bundeswehr nicht an Ermittlungstätigkeit zur verlorenen Munition und Waffen im KSK mangelt. Laut Informationen der F.A.Z. hat es mehr als 280 Zeugenvernehmungen zu dem Thema in den vergangenen Monaten gegeben; zahlreiche Ermittlungsverfahren lau-

fen parallel. Über ein Dutzend gerichtliche Disziplinarverfahren gegen Beschuldigte wurden eingeleitet. Bei den internen Untersuchungen im Kommando geht es nicht nur um die straffreie Rückgabe von Munition oder andere Fälle von Munitionsverlust, sondern auch um die in einem Garten vergrabenen Bestände eines Kommandosoldaten, die ebenfalls im Mai vergangenen Jahres publik wurden.

Ebenso wird zu weiteren Vorkommnissen mit einem Bezug zu Extremismus ermittelt. Hierzu wurden jeweils weitere rund hunderte Vernehmungen durchgeführt. Hinweist auf eine Verquickung beider Fälle lassen sich bislang jedoch nicht finden. Der Fall S., der in seinem Garten Munition und andere Gegenstände, unter ihnen nationalsozialistisches Propagandamaterial, vergraben hatte, heißt es, sei in Calw erst Mitte Mai 2020 bekannt geworden. Da liefen die Ermittlungen gegen andere, mutmaßlich extremistische Kommandosoldaten schon lange. Die Rückgabeaktion sei zu diesem Zeitpunkt schon beendet gewesen.

Die Fehlstände von Ende 2019 waren von einem neuen Prüfteam der Spezialkräfte festgestellt worden. In den Jahren zuvor hatten andere Soldaten sich darum gekümmert, die den Verband inzwischen

„Auszeit“ von der Kirche?

Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) hat vor dem Hintergrund der Vorgänge im Erzbistum Köln eine mangelhafte Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche kritisiert. Das Krisenmanagement habe bei vielen Bürgern und Gläubigen den Eindruck erweckt, „dass nicht das Leid der Opfer und die Gerechtigkeit im Fokus stehen“, sagte Klöckner der Zeitung „Bild am Sonntag“. Klöckner ist auch Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK). Die Missbrauchsfälle müssten lückenlos aufgearbeitet werden, forderte sie. „Den massiven Verdruss verstehe ich – der Umgang mit den Missbrauchsfällen hat zu einer großen Vertrauenskrise geführt.“

Ähnlich äußerte sich die ehemalige Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth (CDU). Sie sei erschrocken über die Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche, „nicht weil das schlimme Fehler passieren, sondern weil sie abgewiegelt werden“, sagte sie der Zeitung „Tagespiegel“. Süssmuth war ebenfalls viele Jahre Mitglied im ZdK.

Unterdessen hat eine Gruppe von Katholiken aus Bremen und Köln aus Natul über den derzeitigen Zustand der Kirche eine deutschlandweite Online-Befragung zu Reformanliegen entwickelt. An diesem Montag soll ihre Internetseite www.katholischerklartext.de freigeschaltet werden. Nutzer können auf einer Skala von eins bis sieben angeben, wie wichtig ihnen eine transparente Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs, aber auch demokratische Mitbestimmung in der Kirche, die Zulassung von Frauen zu allen Ämtern oder eine Abschaffung der Zölibatspflicht für Priester sind.

Die Nutzer werden auch gefragt, ob sie zu einem temporären Kirchenaustritt, einer sogenannten Auszeit, bereit wären, um dadurch Reformen zu beschleunigen, und nach deren Verwirklichung wieder einzutreten. „Es gibt ja in der Kirche sonst keine Ventile. Wir werden ja nicht in Versammlungen gefragt, wie wir zu den Dingen stehen“, sagte Carl Kau, einer der Initiatoren der Befragung, der F.A.Z. Kau und seine Mitstreiter hoffen auf bis zu eine Million Teilnehmer ihrer Befragung. Deren Ergebnis soll anschließend der Deutschen Bischofskonferenz vorgelegt werden.

Die deutschen Bischöfe hatten in der vergangenen Woche beschlossen, erstmals deutschlandweit Haltung und Auffassungen von Katholiken untersuchen zu lassen und sich dazu der seit 1973 durchgeführten Kirchenmitgliederversuchung der Evangelischen Kirche in Deutschland anzuschließen. tja.

Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Zeitung
Gründungs- und Herausgeber Erich Welter

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Dr. Nikolas Busse; für Nachrichten und Politik Online: Andreas Ross, Oliver Georgi (stv.), Mona Jaeger (stv.); für „Zeitgeschehen“: Dr. Reinhard Müller; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Johannes Pennekamp; für Unternehmen: Sven Astheimer; für Finanzen: Inken Schönauer; für Wirtschaft und Finanzen Online: Alexander Armbruster, Christoph Schäfer; für Sport: Anno Hecker, Peter Penders (stv.); für Sport Online: Tobias Rabe; für Feuilleton: Hannes Hintermeier, Sandra Kegel, Jakob Strobel y Serra (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Andreas Plathaus; für Feuilleton Online: Michael Hanfeld; für Rhein-Main: Helmut Schwan, Marie Lisa Kehler (stv.), Manfred Köhler (stv.).

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Nadine Bös; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmolli; Der Betriebswirt: Georg Giersberg; Der Volkswirt: Maja Brankovic; Die Lounge: Johannes Pennekamp; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Digitac: Alexander Armbruster; Forschung und Lehre: Thomas Thiel; Geisteswissenschaften: Patrick Bahners; Immobilien: Michael Postta;

Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Lisa Becker; Kunstmarkt: Dr. Rose-Maria Gropp; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Philipp Krohn; Natur und Wissenschaft: Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Helmut Mayer; Politische Bücher: Dr. Peter Sturm; Recht und Steuern: Corinna Budras; Reiseblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

Bildredaktion: Henner Flohr; **Chefin vom Dienst:** Dr. Elena Guse; **Grafische Gestaltung/Informationsgrafik:** Holger Windführ (Art Director), Benjamin Boch (Stv. Grafische Gestaltung), Informationsgrafik: Andre Piron.

DIGITALE PRODUKTE: Cai Tere Philippissen (verantwortlicher Redakteur), Kai N. Pritzsche (Redaktionsleiter), Stefanie Michels (Social Media), Robert Wenkemann (Art Director), Andreas Krobok (Audio/Video), Sonke Sievers (Multimedia Ausgabe).

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Thomas Lindner (Vorsitzender), Dr. Volker Beid.

DIGITALE PRODUKTION UND VERTRIEB: Stefan Buhr, Nico Wilfer.

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Ingo Müller.

Anzeigenpreisliste Nr. 81 vom 1. Januar 2021 an; für Stellenanzeigen: F.A.Z.-Stellenmarkt-Preisliste vom 1. Januar 2021 an. Internet: fazmedia

HERSTELLER: Andreas Gierth.

MONATSBESZUGSPREIS: Inland: Abonnement Frankfurter Allgemeine Zeitung 71,50 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 78,50 €. Abonnenten der gedruck-

ten Zeitung lesen für einen Aufpreis von 10,00 € die digitalen Ausgaben der F.A.Z. und Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Darin enthalten ist außerdem der vollständige Zugang zur Website FAZ.NET (F+). Mehr Informationen zu allen Angeboten und Preisen (z. B. für junge Leser und Studierende, Geschäftskunden, Digital- und Auslandsabonnements) im Internet unter abofaz.de. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt. Gerichtsstand Frankfurt am Main.

NACHDRUCK: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form vertrieben und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrecht nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskunfts-erhalten Sie unter nutzungsrechte@faz.de oder telefonisch unter (069) 7591-2901. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (030) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG, Kurhessenstraße 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München.

Antilichs Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION:

Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (069) 7591-0. Anzeigenservice: (069) 7591-33 44. Kundenservice: (0 69) 75 91-10 00 oder www.faz.net/meinabo. Telefax: Anzeigen (069) 7591-808920; Redaktion (0 69) 7591-1743; Kundenservice (0 69) 75 91-21 80.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de

Deutsche Postbank AG, Frankfurt am Main; IBAN: DE58 5001 0060 0091 3936 04; BIC: PBNKDEFF